
Für Sie in Berlin!

**Markus Grübel MdB berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche

- 1. Kampf gegen islamistischen Terror**
- 2. Merkels 9-Punkte-Plan**
- 3. Bildung in Deutschland – Nationaler Bildungsbericht 2014**
- 4. Zitat der Woche**

1. Kampf gegen islamistischen Terror

In erster Lesung haben wir in dieser Woche den Antrag der Bundesregierung, die Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte durch eine Ausbildungsmission zu unterstützen, beraten. Der Einsatz erfolgt im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit und soll zu einer effektiven Bekämpfung der Terrororganisation IS beitragen.

Es ist klar, in erster Linie führen die arabischen Staaten den unmittelbaren Kampf gegen den Terror, der die Lage im Irak destabilisiert hat und inzwischen auch die Menschen überall auf der Welt bedroht. Um den Kampf zu gewinnen, brauchen die arabischen Staaten aber unsere Hilfe.

Das haben die irakische Zentralregierung und die kurdische Regionalregierung bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht. Sie wollen sich ISIS entgegenstellen, sie wollen an der Einheit des Iraks und an der Teilhabe aller arbeiten, allerdings brauchen sie dafür Unterstützung.

Deutschland wird sich nach seinen Möglichkeiten einbringen. Das heißt vor allem: Ausbildung und Ausrüstung! Die Peschmerga sind zwar gut organisiert, aber es fehlt an vielem. Das fängt bei wintertauglichen Stiefeln an und geht bis zum Sanitätsmaterial.

Wir wollen im Rahmen unseres Mandats außerdem ein Ausbildungszentrum in Arbil aufbauen, das zwar unter der Leitung der

Kurden stehen soll, aber dessen Ausbildungsbereich von uns koordiniert wird.

Der Einsatz von bis zu 100 Soldaten der Bundeswehr, die in Rotation mit weiteren internationalen Partnern tätig werden, ist zunächst bis zum 31.1.2016 befristet.

2. Merkels 9-Punkte-Plan

In ihrer Regierungserklärung am letzten Donnerstag nannte Kanzlerin Merkel einen wichtigen 9-Punkte-Plan gegen den Terror, der die Richtung unseres Handelns vorgibt:

1. Hassprediger und Gewalttäter, die im Namen des Islam vorgehen, ihre Hintermänner und geistigen Brandstifter des internationalen Terrorismus werden mit aller Konsequenz und mit allen verfügbaren rechtstaatlichen Mitteln bekämpft.

2. Die Bundesregierung hat außerdem in dieser Woche die Einführung eines Ersatz-Personalausweises beschlossen, der nicht zum Verlassen Deutschlands berechtigt. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Ausreise deutscher Staatsbürger in Konfliktgebiete und Terrorlager zu unterbinden. Denn insbesondere die Ausreise meist junger Menschen, die sich in Syrien und im Irak terroristischen Gruppierungen anschließen, betrachten wir mit großer Sorge. Diejenigen, die später nach Deutschland zurückkehren, haben mit ihrer zunehmenden Verrohung auch für uns das größte Gefahrenpotenzial.

3. Die Bundesregierung wird in Kürze das Gesetzesvorhaben zur verbesserten Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und zur Strafbarkeit der Ausreise in Konfliktgebiete beschließen.

4. Im Februar 2015 wird sich der Europäische Rat auch mit den Maßnahmen befassen, die von den Innenministern von elf EU-Mitgliedstaaten am letzten Wochenende in Paris beraten wurden. Dazu zählen Maßnahmen zum Kampf gegen den illegalen Waffenhandel, zur Zusammenarbeit der Transitstaaten, zur Überwachung der Reisebewegungen an den EU-Außengrenzen sowie zum Abgleich der Fluggastdaten von sogenannten Gefährdern.

5. Wir müssen unsere Sicherheitsbehörden angemessen ausstatten und ihnen die erforderliche personelle und finanzielle Ausstattung verschaffen, die sie benötigen, um die Sicherheit in unserem Land bestmöglich zu gewährleisten. Wir müssen sie in die Lage versetzen, ihre Arbeit auch unter veränderten Lageanforderungen und veränderten technischen Rahmenbedingungen zu erbringen. Dem dient auch die Novelle des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

6. Der Europäische Gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht haben den Rahmen aufgezeigt, in dem eine Regelung der Mindestspeicherfristen für Kommunikationsdaten erfolgen kann. Wir sollten nun darauf drängen, dass die von der

Kommission hierzu angekündigte überarbeitete EU-Richtlinie zügig vorgelegt wird, um sie anschließend in deutsches Recht umzusetzen.

7. Bei der Arbeit unserer Nachrichtendienste und der Zusammenarbeit mit Partnerdiensten im Ausland ist stets die Balance von Freiheit und Sicherheit zu achten. Ungeachtet dessen ist der Informationsaustausch über Ländergrenzen hinweg für unsere Sicherheit in der aktuellen Lage unverzichtbar.

8. Deutschland wird sich als Teil der internationalen Gemeinschaft politisch, humanitär sowie mit militärischer Ausrüstung und Ausbildung am Kampf gegen die Terrormiliz IS im Irak oder in Syrien beteiligen.

9. Innerhalb unseres Landes müssen wir auf allen Ebenen darauf hinwirken, dass sich junge Menschen gar nicht erst von extremistischen Rattenfängern angesprochen fühlen. Die Bundesregierung unterstützt deshalb unterschiedliche Aktivitäten und Projekte, die Toleranz fördern, Sozialkompetenz und Demokratieverständnis stärken, gerade auch für die Jugend- und Elternarbeit. Bereits in den Familien muss allen Formen extremistischer Diskriminierung und Gewalt der Boden entzogen werden.

3. Bildung in Deutschland – Nationaler Bildungsbericht 2014

Positiv stimmen kann uns diese Woche der Nationale Bildungsbericht 2014! Der Bericht zeigt auf, dass sich die Kennzahlen für Bildung in Deutschland erheblich verbessert haben. Die Tendenz zeigt in allen Bildungsbereichen klar nach oben. Bei der Kinderbetreuung und der Weiterbildung haben wir die gesetzten Ziele schon jetzt erreicht. Zufriedenstellend ist auch, dass sich die Zahl der Hochschulabsolventen seit 2002 verdoppelt hat, was für eine erhebliche Erhöhung des Bildungsstandes der Bevölkerung spricht.

Die Entwicklung hat jedoch auch eine „Kehrseite“, die wir schon seit einiger Zeit aufmerksam begleiten: Die Zahl der Studienanfänger liegt erstmals gleichauf mit der Zahl derer, die eine berufliche Ausbildung begonnen haben.

Bei aller Wertschätzung für die akademische Bildung müssen und werden wir Sorge dafür tragen, die duale berufliche Ausbildung in Deutschland zu stärken. Sie ist Markenzeichen und Erfolgskern unseres Landes und Grundlage für die hervorragende Qualität unseres Handwerks. Die duale Ausbildung ist auch verantwortlich für die geringste Jugendarbeitslosigkeit in der gesamten EU!

Mit der Stärkung des Meister-BAföGs und anderen geeigneten Mitteln werden wir die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen. Damit werden wir auch vorausschauend dem sich im Zuge des demografischen Wandels andeutenden Fachkräftemangel vorbeugen.

Der diesjährige Nationale Bildungsbericht legt einen Schwerpunkt auf das Thema „*Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem.*“ Bei einer grundsätzlich konstanten Zahl von 493.000 Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf steigt deren Anteil angesichts insgesamt sinkender Schülerzahlen auf 6,6 Prozent aller Schüler in Deutschland.

Der Bericht belegt die Fortschritte im Bereich der Inklusion: Immer mehr Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen besuchen gemeinsame Kindertageseinrichtungen und Schulen, allerdings mit einem abnehmenden Anteil mit zunehmendem Alter.

Der größte Handlungsbedarf besteht auch in Zukunft bei den jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss. Hier setzt die Ausbildungsallianz insbesondere mit den Instrumenten der ausbildungsbegleitenden Hilfen und der assistierten Ausbildung an. Mit den Bildungsketten und einer Verbesserung der Betreuung von Schülern an den

Übergängen ihres Bildungsweges gibt es gute Möglichkeiten zur Vorbeugung.

In unserem Antrag greifen wir das Jahresthema des Bildungsberichtes auf und fordern die Bundesregierung dazu auf, Forschungsprojekte für die Entwicklung von Strategien mit dem Schwerpunkt Lernmaterialien und Unterrichtshilfen für Kinder mit einer Behinderung zu fördern. Auch die Aus- und Weiterbildung für die neuen Aufgaben der inklusiven Bildung soll für das Personal aller Bildungsinstitutionen in Abstimmung mit den Ländern vorangetrieben werden.

4. Zitat der Woche

«In den schlimmen Stunden, die Paris und die Franzosen zwischen Mittwochmittag und Freitagnachmittag der letzten Woche durchlitten, ging es um zwei der großen Übel unserer Zeit, die nicht immer, aber häufig Hand in Hand gehen: um mörderischen islamistischen Terrorismus und Antisemitismus, den Hass auf Juden. Wir gedenken heute hier im Bundestag der 17 bei diesen Anschlägen ermordeten Menschen.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag in einer Regierungserklärung zu den Terroranschlägen in Frankreich.)